

BUNDESFORUM MÄNNER: Gleichstellungspolitische Standpunkte 2011

Vor einem Jahr wurde das BUNDESFORUM MÄNNER – Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e.V. in Berlin gegründet. Anlässlich seines einjährigen Bestehens wendet sich das BUNDESFORUM MÄNNER mit folgender Erklärung an die deutsche Öffentlichkeit und bezieht damit in der aktuellen geschlechterpolitischen Debatte Position.

Männer gestalten zukunftsorientierte Gleichstellungspolitik.

Politik, die glaubwürdig sein will, muss begreifen: Geschlechtergerechtigkeit ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichstellungspolitik, die dieses Prinzip ernst nimmt, ist von partnerschaftlichem und konstruktivem Ringen um die besten Lösungen geprägt. In den letzten Jahren hat sich der gleichstellungspolitische Blick um die Perspektiven Jungen, Männer und Väter erweitert. Das BUNDESFORUM MÄNNER – Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e.V. begrüßt diese Entwicklung sehr. Die Gründung unseres Verbandes reflektiert den Aufbruch in eine neue Etappe der Gleichstellungspolitik. Durch die Vernetzung werden zuvor vereinzelt Kräfte gebündelt. Jetzt heißt es gemeinsam handeln, um eine Gesellschaft mitgestalten zu können, in der Jungen, Männer und Väter nicht länger überkommenen starren Männlichkeitserwartungen entsprechen müssen. Ziel ist die Bereicherung von männlichen Lebensmodellen und eine Abkehr von einengenden und zurichtenden Normierungen. Wir wollen, dass Jungen und Männer künftig selbstverständlich Unterstützungsangebote vorfinden, damit sie für sich neue Wege entdecken und diese partnerschaftlich beschreiten können.

Seit fast dreißig Jahren verdeutlicht kritische Männerforschung die Vielfalt von Männlichkeit, ihre Möglichkeiten und Konfliktlinien. Darum setzen wir uns ein für die Anerkennung und systematische Berücksichtigung von Diversität (etwa mit Blick auf Alter, Religion, physische und psychische Möglichkeiten, ethnisch-kulturellen Hintergrund, sexuelle Identität oder soziale Lage) und für Chancengerechtigkeit, sowohl innerhalb der Gruppe der Männer als auch zwischen den Geschlechtern. Unser Hauptaugenmerk gilt den Bedarfslagen von Jungen, Männern und (Groß-)Vätern und den Konflikten, die sich aus den eigenen und gesellschaftlich verankerten Rollenerwartungen ergeben.

Die Aufgaben des BUNDESFORUM MÄNNER besteht in der Sorge dafür, dass diese Perspektiven in Bund und Ländern sowie in den parlamentarischen Fraktionen und Parteien aber auch in den gleichstellungspolitischen Strukturen tatsächlich berücksichtigt und inhaltlich gefüllt werden. Dies schließt entsprechende Aufstockungen in den Haushaltsplanungen selbstverständlich ein. Geschlechtergerechtigkeit ist nicht zum Null-Tarif zu haben. Angesichts der Krisen im Finanz- und Wirtschaftssector wächst die Herausforderung geschlechterpolitische Vorhaben gegen monetäre „Sachzwänge“ durchzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass die Perspektive einer zukunftsorientierten Gleichstellungspolitik über die Fachkreise hinaus in die verschiedenen Politikfelder wie Arbeit, Bildung, Familie, Gesund-

heit, Inneres, Ökologie, Ökonomie, Sicherheit und nicht zuletzt Wissenschaft getragen wird. In allen Bereichen ist die Perspektive auf die je spezifischen Lebenswirklichkeiten der Geschlechter als Querschnittsfolie auf die jeweiligen Themen zu legen.

Das BUNDESFORUM MÄNNER tritt daher für eine Gleichstellungspolitik ein, in der die verschiedenen, häufig aber auch gemeinsamen Anliegen und Bedürfnisse von Frauen und Männern nicht gegeneinander ausgespielt werden. Denn selbst bei im Detail konkurrierenden Zielstellungen sind Männer und Frauen, Mütter und Väter, Jungen und Mädchen nicht Gegner sondern die gemeinsam Handelnden im Feld der Geschlechterpolitik und sie alle sind von den Konsequenzen politischer Entscheidungen direkt betroffen. Darum gilt es gemeinsam für ein Ziel zu streiten, das von den politisch verantwortlichen Kräften nicht länger als Nebenschauplatz abgetan werden darf: Geschlechtergerechtigkeit!

Gleichstellungspolitische Forderungen

Männer als Adressaten von Vereinbarkeitspolitik. Vereinbarkeit von privater Lebens- und Arbeitswelt ist auch ein Thema für Söhne, Väter und Männer. Betriebliche und politische Gleichstellungsbemühungen müssen dies stärker berücksichtigen. Wir fordern Politik und Tarifpartner auf, strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, die es allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ermöglichen ihre Verantwortung in Kindererziehung, Partnerschaft und Pflege wahrzunehmen.

Männer und Frauen als Gleichstellungsbeauftragte. In diese, sensiblen Handlungsfeld ist eine besonnene Bündnispolitik wichtig. Anstatt die Institution hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragten in Frage zu stellen fordern wir eine Aufstockung der Gleichstellungsstellen für paritätisch besetzte Teams. Dafür ist die Reform der Gleichstellungsgesetzgebung in Bund und Ländern notwendig, um Männern zukünftig das aktive und passive Wahlrecht in den Gleichstellungsstrukturen zu eröffnen.

Flächendeckende Angebotsstrukturen für Jungen, Männer und (Groß-)Väter. Beratungs- und Bildungseinrichtungen für Männer und Jungen sind rar. Das muss sich ändern. Das Spektrum muss breit sein, angefangen von Lebensberatung über Familienberatung bis hin zur Arbeit mit gewalttätigen Männern und männlichen Opfern von (sexualisierter sowie häuslicher) Gewalt. Wir fordern den Aufbau solcher Strukturen und ihre stabile Finanzierung. Die finanzielle Ausstattung darf aber nicht zu Lasten von analogen Angeboten für Frauen gehen. Bestehende Angebote müssen ihre Geschlechter- und Männerperspektive ausbauen.

Regelmäßige geschlechtssensible Berichterstattung und Begleitforschung. Wir begrüßen den Ersten Gleichstellungsbericht und weisen auf die Notwendigkeit hin, den Blick auf Jungen, Männer und Väter noch zu vertiefen. Das BUNDESFORUM MÄNNER fordert eine regelmäßige Berichterstattung und Begleitforschung. Nur so kann eine zukunftsweisende Gleichstellungspolitik gestaltet werden, wenn sie auf belastbaren Daten und Fakten über die Geschlechterverhältnisse und ihren Wandel gründet. Für künftige Gleichstellungs- und Männergesundheitsberichte bieten wir unsere Beratung an.

Berlin, die Mitgliederversammlung am 11. November 2011